

WP-2 Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.12.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 2 des Landeswahlprogramms (Wohnen, Stadtentwicklung, Tourismus, Clubkultur, Soziales)

Berlin ist unser gemeinsames Zuhause. Die Frage sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts entscheidet sich hier vor Ort, im öffentlichen Raum wie in den eigenen vier Wänden. Wohnen muss als menschliches Grundbedürfnis geschützt werden. Deshalb kämpfen wir Bündnisgrüne für faire Mieten und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, gegen Spekulation und den Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden. Berlin braucht nicht nur mehr, sondern vor allem bezahlbaren Wohnraum – und einen Neubau, der Klimaschutz und soziale Infrastruktur automatisch mitdenkt.

Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind für uns Bündnisgrüne auch eine Frage von sozialer Sicherheit.

Niemand soll in Berlin durchs Raster fallen und verloren gehen. Wir finden uns mit Obdachlosigkeit, Kinder- und Altersarmut und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums nicht ab, sondern gehen die Probleme an: mit effektiven, dezentralen Hilfestrukturen, einer gut ausgestatteten Stadtteilarbeit und niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangeboten. Wir wollen, dass unser Sozialsystem für alle da ist, die Hilfe brauchen – entscheidend dafür sind gut aufgestellte, digitalisierte Ämter, die Unterstützung schnell und aus einer Hand gewährleisten können. Wir Bündnisgrüne stehen für einen modernen Sozialstaat in einer solidarischen Gesellschaft, die keinen Menschen aus dem Blick verliert. Denn das offene, vielfältige und solidarische Berlin, das wir so lieben, gibt es nur, wenn wir zusammenhalten und niemand zurückgelassen wird.

2.1. Sicheres Wohnen – sozial, klimafreundlich und gemeinwohlorientiert

Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin schaffen, in dem jeder Mensch das Recht auf angemessenen Wohnraum hat, und das Land ist verpflichtet, die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sicherzustellen. Dieses Grundrecht aus Artikel 28 unserer Landesverfassung wollen wir endlich durchsetzen. Deshalb schützen wir Mieter*innen vor Wucher, Kündigung und Abriss. Wir schöpfen die Gesetzgebungskompetenzen des Landes für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik vollständig aus und setzen das Recht konsequent um: Dafür braucht es unter anderem starke Bezirke mit qualifiziertem Personal, Datenzugang und verbindlichen Kompetenzen bei Kontrolle, Beratung und Umsetzung.

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen werden wir zu dauerhaft gemeinwohlorientierten Akteur*innen weiterentwickeln – mit klaren sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Leitlinien. Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur die Bereitstellung von Wohnraum, sondern auch, dass sie einen aktiven Beitrag zur Quartiersentwicklung, sozialer Infrastruktur und Klimaschutz leisten. Genossenschaften, Stiftungen oder Modelle wie das Mietshäuser Syndikat zeigen, wie bezahlbarer Wohnraum dauerhaft gesichert oder neu gebaut wird. Deshalb setzen wir Grüne sämtliche Hebel in Bewegung, um alle am Gemeinwohl orientierten Träger*innen umfassend zu stärken. Dazu gehören für uns auch private Vermieter*innen, die rechtlich verbindlich und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und sich verlässlich um ihre Mieter*innen kümmern.

41 Öffentliches Boden für das Gemeinwohl sichern

42 Wir Bündnisgrüne wollen öffentlichen Grund und Boden nicht verkaufen, sondern vermehren.
43 Öffentliche Grundstücke werden nach dem Prinzip der Konzeptvergabe ausgeschrieben: Wer das
44 beste gemeinwohlorientierte Nutzungskonzept hat, bekommt den Zuschlag. Wohnungsbau folgt
45 nicht den Gesetzen des Aktienmarkts, sondern dem Bedarf der Berliner*innen: als klima- und
46 sozialverträgliche Innenentwicklung in Form von Aufstockung, Dachausbau, Nachverdichtung
47 sowie in Gestalt neuer Stadtquartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, soziale Infrastruktur,
48 Grünflächen und Mobilität von vornherein zusammen gedacht und geplant werden – zu fairen
49 Mieten.

50 Mit verkehrsberuhigten Kiezen und einer vielfältigen Stadtnatur, die uns vor den Folgen des
51 Klimawandels schützt, wollen wir Berlin als grüne Stadt gestalten. Die Stadtplanung erfolgt
52 demokratisch, partizipativ und in enger Abstimmung mit den Bezirken. Ob im Bestand oder im
53 Neubau: Wir wollen lebendige Kieze mit der typischen Berliner Mischung aus Wohnen,
54 Kleingewerbe und Handwerk durch einen besseren Schutz von Gewerbetrieber*innen und die
55 Sicherung und Bereitstellung bezahlbaren Gewerberaums fördern.

56 Wohnraum vor Finanzinteressen schützen

57 Statt auf bezahlbare Mieten, gut instand gehaltene Wohnungen und energetische Modernisierung
58 zu setzen, unterwerfen sich die großen Immobilienkonzerne vor allem den Regeln des
59 Finanzmarktes. In der Folge öffnet sich die Schere zwischen Bestands- und Angebotsmieten
60 immer weiter, und das lückenhafte Mietrecht wird ausgenutzt, um maximale Renditen zu
61 erzielen. Diese Entwicklungen haben zu großen Ungerechtigkeiten auf dem Berliner
62 Wohnungsmarkt geführt, und immer mehr Menschen haben Probleme, sich angemessen mit Wohnraum
63 zu versorgen. Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen sind für viele
64 Berliner*innen real. Auch deshalb haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, dass der
65 erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umgesetzt wird. Stattdessen
66 hat Schwarz-Rot die Initiative und die Berliner*innen hingehalten. Es ist unverantwortlich,
67 dass die Initiative nun selbst einen Entwurf vorlegen und damit die Arbeit der Regierung
68 leisten muss! So geht man nicht mit der Entscheidung von Wähler*innen um! Weitere vier Jahre
69 Stillstand können wir uns nicht leisten! Wir werden den bereits beschlossenen Volksentscheid
70 deshalb weiter vorantreiben und unterstützen weiterhin die Initiative „Deutsche Wohnen & Co.
71 enteignen“.

72 Nachhaltig und gemeinwohlorientiert bauen

73 Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen stehen unter erheblichem Druck, zugleich günstige
74 Mieten, soziale Wohnraumversorgung, hohe Instandhaltungsqualität, energetische
75 Modernisierung und ökologische Neubauziele zu erfüllen – bei begrenzten finanziellen
76 Spielräumen. Auch das führt dazu, dass sie ihrem öffentlichen Auftrag und den daraus
77 folgenden Erwartungen nicht immer gerecht werden. Genossenschaften haben – so wie auch
78 andere am Gemeinwohl orientierte Akteur*innen – keinen einfachen Zugang zu Grundstücken oder
79 Fördermitteln und werden bei Planungsverfahren und Quartiersentwicklungen nicht systematisch
80 eingebunden.

81 In Berlin entsteht zu wenig bezahlbarer neuer Wohnraum, und wenn neu gebaut wird, entsteht
82 zu wenig von dem, was tatsächlich benötigt wird, und das nicht nachhaltig. Das liegt an
83 fehlendem Planungsrecht, langen Genehmigungszeiträumen und hohen Baukosten, vor allem aber
84 an der Spekulation mit Grund und Boden. Ein klimagerechtes und kreislauffähiges Bauen wird

85 zwar seit langem diskutiert, kommt aber kaum in die Umsetzung. Stattdessen dominieren
86 herkömmliche Bauweisen, mit viel Beton und viel Abfall am Ende des Lebenszyklus. Die
87 Grundstücksvergabe orientiert sich häufig noch immer an Höchstpreisen, nicht am
88 gesellschaftlichen Nutzen. Öffentliche Grundstücke werden zu selten für Klimaschutz, soziale
89 Infrastruktur oder günstigen Wohnraum eingesetzt.

90 Es fehlt in Berlin noch immer an einer ganzheitlichen, nachhaltigen und demokratischen
91 Stadtentwicklung – Planungsprozesse sind nicht transparent und nicht systematisch
92 miteinander verknüpft. Dies zeigt sich besonders bei der Entwicklung neuer Quartiere, in
93 denen weder Kitas, Schulen und ÖPNV noch die Anpassung an den Klimawandel in Form von Schutz
94 vor Hitze und Starkregen ausreichend mitgedacht werden. Das werden wir Bündnisgrüne ändern.

95 Wohnsicherheit durch Genossenschaften stärken

96 Wir verstehen den Wunsch, sicher in den eigenen vier Wänden zu leben. Eigentumsförderung,
97 die vielen zugutekommt, ist aber angesichts der Immobilienpreise nicht umsetzbar. Gerade mal
98 41 Familien will Schwarz-Rot jetzt mit 17 Millionen Euro zum eigenen Heim verhelfen. Das ist
99 bestenfalls Symbolpolitik! Deshalb wollen wir Genossenschaften stärker fördern und Menschen
100 mit niedrigeren und mittleren Einkommen beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen
101 unterstützen. Denn wer in einer Genossenschaft lebt, kann in den eigenen vier Wänden sicher
102 leben. Außerdem wollen wir die Grunderwerbssteuer nicht nur auf das Niveau von Brandenburg
103 anheben, sondern klar sozial staffeln: Menschen, die in den eigenen vier Wänden leben
104 wollen, zahlen weniger, große Unternehmen dafür mehr.

105 Mit einem „Genossenschaftspakt Berlin“ werden wir Grüne mit Genossenschaften und
106 gemeinwohlorientierten Träger*innen einen Maßnahmenplan für Bürokratieabbau,
107 Projektfinanzierung und Grundstückszugang entwickeln. Bestehende genossenschaftliche
108 Initiativen, die vor der Realisierung stehen, wollen wir finanziell absichern, ein
109 Förderprogramm mit ausreichender Planungssicherheit auflegen und städtische Flächen per
110 Erbbaurecht, basierend auf Modellen niedriger Festzinsen, für Genossenschaften zur Verfügung
111 stellen. Zur Förderung der Genossenschaftsbewegung gründen wir eine beratende
112 Koordinierungsstelle, fordern die Aufnahme eines „Gemeinwohlprinzips“ in die Vergabeordnung,
113 prüfen Bürgschaften für junge, neue Genossenschaften und nehmen auch Modelle wie das
114 Mietshäuser Syndikat in Förderprogramme auf.

115 Mietwohnungen wieder bezahlbar machen

116 Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz werden wir Vermieter*innen, die mehr als 50
117 Wohneinheiten haben, dazu bringen, je nach Größe einen bestimmten Anteil ihrer Wohnungen zu
118 bezahlbaren Preisen anzubieten, für die Instandhaltung Geld zurückzulegen und in die Häuser
119 zu investieren. Dabei sehen wir Grüne einen harten Sanktionsmechanismus vor: Statt nur
120 Bußgelder auszusprechen, die viele renditegetriebene Geschäftsmodelle aus der Portokasse
121 bezahlen oder bei der Verwertung von schlecht sanierten Häusern mit einpreisen, wollen wir
122 Treuhänder*innen einsetzen, die für eine ordentliche Instandhaltung und soziale Vermietung
123 sorgen. Außerdem sollen Gewinne, die sich aus Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz
124 speisen, in Zukunft abgeschöpft werden können. Sollten einzelne Vermieter*innen diesem
125 sozialen Rahmen dennoch partout nicht nachkommen und sich wiederholt weigern, die Regeln
126 einzuhalten, ist für uns klar, dass diese Vermieter*innen auch auf Dauer nichts mehr auf dem
127 Berliner Wohnungsmarkt zu suchen haben und ihre Wohnungen veräußern müssen. Unser Ziel ist
128 die Versorgung breiter Berliner Bevölkerungsschichten mit angemessenem und bezahlbarem
129 Wohnraum.

130 Wir Bündnisgrüne verschärfen das Vorgehen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum: Die
131 ausschließliche Nutzung von Wohnraum für Ferienwohnungen werden wir gesetzlich unterbinden
132 und einen Bußgeldkatalog mit einem Mindestbußgeld von 50.000 Euro bei Zweckentfremdungen
133 einführen. Mit einer öffentlich einsehbaren interaktiven Karte und einer entsprechenden App
134 erleichtern wir die Meldung, Dokumentation und Verfolgung von Verdachtsfällen. Das
135 Treuhänder*innen-Modell werden wir endlich zur Anwendung bringen und damit Wohnraum wieder
136 für Wohnzwecke herstellen. Mit einem Gesetz gegen spekulativen Leerstand sorgen wir dafür,
137 dass Wohnraum nach sechs Monaten Leerstand unter Zwangsverwaltung gestellt und in letzter
138 Konsequenz vergesellschaftet werden kann. Außerdem bauen wir den Milieuschutz weiter aus,
139 indem wir besonders Bezirke mit wenigen Gebieten wie beispielsweise Charlottenburg-
140 Wilmersdorf, Spandau oder Marzahn-Hellersdorf unterstützen. Zudem wird Personal in den
141 Gebieten verstärkt, um möbliertes Wohnen auf Zeit dort zu unterbinden.

142 Während viele Berliner*innen verzweifelt eine Wohnung suchen, sorgen Spekulation und
143 mangelnde Instandhaltung dafür, dass Gebäude leer stehen oder abgerissen werden, um mit
144 hochpreisigen Neubauten höhere Renditen zu erzielen. Wir Grüne werden daher neben einem
145 Monitoring auch ein Abriss-Verbot für Mehrfamilienhäuser einführen. Der Abriss von intaktem
146 Wohnraum wird grundsätzlich verboten, es sei denn, die ökologische oder soziale
147 Notwendigkeit kann nachgewiesen werden und es entsteht infolge des Abrisses mehr bezahlbarer
148 Wohnraum als vorher. Die Umnutzung und Weiterentwicklung bestehender Gebäude zu Wohnzwecken
149 für Bewohner*innen und Eigentümer*innen wollen wir dagegen erleichtern. Dazu gehört auch die
150 Förderung von Generationen-WGs und die Schaffung barrierefreier, bezahlbarer, kleiner
151 Wohnungen am Rande bestehender Siedlungen, um altersgerechte Alternativen im Kiez zu
152 ermöglichen.

153 Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen sind für viele Berliner*innen real,
154 daher streben wir den Aufbau einer Ankaufsagentur für den Erwerb umgewandelter Wohnungen an.
155 Mit einem Sofortprogramm „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen“
156 etablieren wir Förderinstrumente für Ankäufe von aufgeteilten Häusern und einzelnen
157 Eigentumswohnungen und stärken die Genossenschaftliche Immobilienagentur Berlin-Brandenburg
158 (GImA) sowie Strukturen in den Bezirken, die Mieter*innen und Genossenschaften beim
159 gemeinschaftlichen Erwerb unterstützen. In den Bezirken erweitern wir die kostenfreie
160 Mieter*innenberatung und bauen die landeseigene Mietpreisprüfstelle stadtweit durch weitere
161 Standorte aus.

162 Mietrecht endlich wirksam und gerecht reformieren

163 Auf Bundesebene setzen wir Bündnisgrüne uns für eine Reform des Mietrechts und des
164 Baugesetzbuchs ein, mit der sichergestellt wird, dass der Gebrauch von (Wohnungs-)Eigentum
165 zugleich dem Allgemeinwohl dient, wie es das Grundgesetz vorsieht. Dazu gehören für uns vor
166 allem eine dauerhafte und effektive Mietpreisbremse, die Ermöglichung eines Mietendeckels
167 durch eine Länderöffnungsklausel und die wirksame Bekämpfung von Mietwucher.
168 Eigenbedarfskündigungen wollen wir deutlich erschweren und Indexmieten wollen wir für die
169 Zukunft verbieten und bei derzeitigen Verträgen eine Kappungsgrenze einbauen sowie
170 möbliertes Wohnen auf Zeit stark eindämmen. Wir schützen die Mieter*innen durch eine
171 Stärkung und Erweiterung von Vorkaufsrechten, die Entfristung des stadtweiten Verbots der
172 Umwandlung in Eigentumswohnungen und eine Absenkung der Kappungsgrenze. Auch den Mietspiegel
173 wollen wir reformieren und die Mieten der letzten 20 statt 6 Jahre mit einberechnen.
174 Besonders zentral ist auch eine Reform der Bodenpreisberechnung. Teure und überteuerte
175 Immobiliengeschäfte dürfen nicht länger die Bodenpreise weiter nach oben treiben und so
176 bezahlbaren Neubau erschweren.

177 Nicht nur Wohn-, auch Gewerbemieten werden immer teurer, wodurch kleine inhabergeführte
178 Geschäfte, lokale Dienstleistungen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verdrängt
179 werden. Es fehlt nach wie vor an einer wirksamen Mietregulierung für Gewerbe, der
180 Kündigungsschutz ist minimal, und bei Nachverhandlungen regiert das Recht des Stärkeren. Wir
181 Grüne werden daher die Initiativen aus der letzten Legislatur aufgreifen und uns auf
182 Bundesebene sowohl für eine Mietpreisbremse für Gewerberäume als auch für eine Reform des
183 Gewerbemietrechts einsetzen, damit Mieter*innen Gewerberäume langfristig zu gleichbleibenden
184 Konditionen nutzen können und einen echten Kündigungsschutz erhalten. Den Milieuschutz
185 wollen wir auch für Gewerbemiet*innen einführen.

186 Nach wie vor versuchen Kriminelle, illegal erwirtschaftetes Geld, beispielsweise aus dem
187 Drogengeschäft, durch den Erwerb von Immobilien wieder in den Wirtschaftskreislauf
188 einzuschleusen, um es so zu „waschen“. Daher wollen wir Bargeldzahlungen für Immobilien
189 verbieten. Steuerschlupflöcher durch Share Deals oder bei der Erbschaftssteuer wollen wir
190 schließen.

191 Landeseigene Wohnungsunternehmen stärken

192 Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sind mit inzwischen fast 400.000 Wohnungen eine der
193 wichtigsten Säulen für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, für die energetische
194 Modernisierung und den bezahlbaren Neubau. Damit dies auch so bleibt, setzen wir
195 Bündnisgrüne uns für verbindliche Gemeinwohlziele und eine effektive parlamentarische
196 Kontrolle der Unternehmensführung ein. Wir werden uns für einen übergreifenden, stadtweiten
197 Steuerungsrahmen mit Zielvorgaben, Leistungskennzahlen und Investitionsplanung, die
198 Einführung eines regelmäßigen öffentlichen „Transparenzberichts Wohnen“ mit einheitlichen
199 Kennzahlen und unabhängige Aufsichtsgremien starkmachen und den Mieter*innen mehr
200 Mitentscheidungsrechte, z. B. bei anstehenden Modernisierungen, geben. Den Wohnungstausch
201 wollen wir unter den Mieter*innen durch ein transparentes Verfahren und faire Mieten bei
202 Verkleinerung fördern sowie zwischen den Landeseigenen Wohnungsunternehmen ermöglichen. Wir
203 werden bei der Wohnungsvergabe vulnerable und einkommensarme Gruppen besser berücksichtigen,
204 indem wir unter anderem die Wohnberechtigungsschein-Quote (WBS-Quote) erhöhen. Außerdem
205 wollen wir einen Mietendimmer einführen sowie die Härtefallregelung für einkommensschwache
206 Haushalte verbessern. Wir setzen uns für ein Räumungsmoratorium und die Schaffung eines
207 Präventionskonzepts zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ein. Die entsprechende Anwendung
208 des Landesantidiskriminierungsgesetzes stellen wir sicher. Noch immer rächt es sich bitter,
209 dass frühere Regierungen über 200.000 kommunale Wohnungen verkauft haben. Damit sich dieser
210 historische Fehler nicht wiederholt, wollen wir eine sogenannte Privatisierungsbremse in der
211 Berliner Verfassung einbauen, denn die Wohnungen gehören uns Berliner*innen.

212 Der Wohnungsbestand ist nicht nur eine entscheidende Grundlage für die Bereitstellung
213 bezahlbaren Wohnraums, sondern auch eine wichtige Ressource für den Klimaschutz. Durch einen
214 Förderfonds für sozial-ökologische Modernisierungen und eine gesetzliche Beschränkung von
215 Modernisierungsmieterhöhungen werden wir Brutto-Mietsteigerungen durch klimabezogene
216 Sanierungsmaßnahmen verhindern.

217 Auch die Landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bestände pflegen und modernisieren,
218 Klimaanpassung und Neubau finanzieren. Damit Mieter*innen dabei nicht finanziell überfordert
219 werden, wollen wir Grüne zielgerichtete Härtefalllösungen ausbauen und bei Bedarf
220 zusätzliche Förderungen durch das Land bereitstellen. Im Gegenzug erwarten wir, dass unsere
221 Unternehmen Verantwortung in den Quartieren übernehmen: durch Projekte zum Aufbau von
222 Nahwärmenetzen genauso wie durch die Förderung und Pflege sozialer und kultureller
223 Infrastruktur in den Kiezen. Mit einem Sofortprogramm für soziale Gewerbemieten stellen wir

224 leer stehende Erdgeschossflächen sozialen Trägern, Kulturschaffenden, Jugendeinrichtungen
225 und Nachbarschaftsinitiativen zu gedeckelten Mieten zur Verfügung und entwickeln ein
226 soziales Gewerbemietmodell, das Vergabekriterien gemeinwohlorientiert gestaltet. Die
227 Großsiedlungen werden wir durch gezielte Investitionen in die soziale Infrastruktur, Pflege
228 öffentlicher Räume und Quartiersarbeit stabilisieren.

229 Wohnungsbau sozial und ökologisch ausrichten

230 Der Wohnungsbau muss sich an den sozialen Bedarfen orientieren und zugleich ökologisch und
231 klimafreundlich werden. Darum heißt Neubau für uns zuallererst Nachverdichtung im Bestand,
232 um Neuversiegelung und weiteren Zubau von Infrastruktur zu begrenzen. Grundlage dafür ist
233 das verbindliche Leitbild „Gutes Quartier“ mit sozialen, ökologischen, verkehrlichen und
234 baukulturellen Standards. Wir Grüne starten eine Potenzialanalyse für Aufstockung und den
235 Dachausbau in allen Bezirken und entwickeln einen neuen Standard für das Berliner Dach mit
236 Fokus auf Gründächer und Klimaeffizienz. Um möglichst wenig Fläche zu versiegeln, setzen wir
237 auf intelligente Verdichtung, mehrgeschossige Häuser und wollen stärker in die Höhe bauen.
238 Eine pauschale Abschaffung der Berliner Traufhöhe lehnen wir aber ab. Hochhäuser können
239 sinnvoll sein – wenn sie stadtplanerisch in die Umgebung passen, ökologischen Ansprüchen
240 gerecht werden und dem Gemeinwohl dienen. Auch hier gilt, dass wir bezahlbaren und sozialen
241 Wohnraum brauchen. Immer neue Bürotürme oder Wolkenkratzer gegen den Willen der Bezirke und
242 Nachbarschaften – wie am Gleisdreieckpark oder der Warschauer Straße – lehnen wir ab.

243 Leerstand aktiv in Wohnraum umwandeln

244 In Berlin stehen über 1,7 Millionen Quadratmeter an Büroflächen leer. Deshalb wollen wir
245 Bündnisgrüne den Umbau in Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo es
246 möglich ist, wollen wir leer stehende Büros zu bezahlbaren Wohnungen umbauen. Berlin braucht
247 nicht mehr Büroräume, sondern muss vor allem die vorhandenen Büroräume nutzen. Bevor neue
248 Bürogebäude gebaut werden, sollten die vorhandenen instand gesetzt und entweder als
249 Wohnungen oder eben als modernisierte Büroflächen genutzt werden. Wir wollen nicht, dass
250 neue Bürogebäude weiter Flächen versiegeln. Deshalb werden wir ein Bürobau-Moratorium
251 verhängen und keine weiteren Baugenehmigungen für Büroflächen erteilen. Auch zahlreiche
252 Shopping-Center haben mit Leerstand zu kämpfen. Deshalb wollen wir die Nutzung für soziale
253 und kulturelle Angebote sowie öffentliche Daseinsvorsorge unterstützen.

254 2.2. Moderne Stadtentwicklung – Boden für das 255 Gemeinwohl sichern

256 Öffentlicher Grund und Boden wird nicht mehr privatisiert, sondern bleibt als „Allmende“
257 dauerhaft in öffentlicher Hand oder gemeinwohlorientierter Trägerschaft. Mit einer
258 vorausschauenden, sozial-ökologisch ausgerichteten Bodenbevorratung sichern wir Bündnisgrüne
259 strategisch wichtige Flächen und damit die gemeinwohlorientierte Entwicklung der Stadt.
260 Dafür richten wir einen Ankaufsfonds ein, auf den auch die Bezirke und gemeinwohlorientierte
261 Akteur*innen in Abstimmung mit dem Land zugreifen können. Für ehemalige landeseigene
262 Grundstücke, die spekulativ gehortet oder zweckentfremdet werden, schaffen wir ein
263 Rückkaufsrecht. Die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) werden wir stärker
264 an einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung statt an einer Maximierung der
265 Einnahmen ausrichten. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen
266 wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

267 Die Liegenschaftspolitik werden wir mit Hilfe einer Boden- und Liegenschaftsagentur
268 transparent und planvoll steuern: Jede Vergabe wird in einer zentralen Datenbank
269 nachvollziehbar, beteiligungsorientiert und gemeinwohlverpflichtet erfasst. Unter dem Motto
270 „Boden für Gemeinwohl“ werden wir uns dafür einsetzen, dass ein festgelegter Anteil
271 landeseigener Grundstücke vorrangig an Genossenschaften und gemeinwohlorientierte
272 Träger*innen per Erbbaurecht vergeben wird. Für jede Vergabe öffentlicher Grundstücke werden
273 wir die Konzeptvergabe gesetzlich verpflichtend machen. Dabei gilt in Zukunft: Das beste
274 Konzept entscheidet, nicht der höchste Preis. Darüber hinaus werden wir ein
275 niedrigschwelliges, transparentes Konzeptvergabeverfahren mit 30 Prozent Mindestanteil für
276 gemeinwohlorientierte Träger*innen einführen, bei dem der Erbbaurechtszins umso geringer
277 ist, je sozial-ökologischer die geplante Nutzung wird.

278 Die Stadt gemeinsam, sozial und klimaresilient entwickeln

279 Statt eine Stadtentwicklungspolitik zu verfolgen, die von oben herab entscheidet, setzen wir
280 Grüne uns für eine kooperative Stadtentwicklung ein, bei der die Menschen und nicht die
281 Investor*innen im Mittelpunkt stehen.

282 Klimaschutz und -anpassung sowie die sozial gerechte Stadt mit bezahlbaren Mieten werden wir
283 zum Leitprinzip der Stadtentwicklung machen. Stadtentwicklung ist mehr als einzelne Häuser
284 oder Grundstücke. Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und
285 seine Bezirke wachsen können. Dazu stärken wir die Bezirke, um integrierte
286 Entwicklungskonzepte für Umbau, Erhalt von Gebäuden, Infrastruktur, Klimaschutz, Grünflächen
287 und Straßen zu erstellen. Bürger*innen sollen sich aktiv beteiligen können – mit echter
288 Mitsprache und transparenten Beteiligungsverfahren.

289 Die bestehenden Stadtentwicklungspläne und Landesprogramme werden wir regelmäßig
290 fortschreiben. Wir Bündnisgrüne wollen die Stadt und ihre Kieze weiter zusammen mit den
291 Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine gemeinwohlorientierte,
292 lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch Integrierte städtebauliche
293 Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und
294 architektonische Wettbewerbe, die partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und
295 Stadtdebatten für besondere Orte. Bei der Planung von Ausgleichsflächen sorgen wir dafür,
296 dass die Mittel in Berlin und in der unmittelbaren Nähe bleiben. Wir werden ein landesweites
297 Flächenregister aufbauen, das Informationen zu Eigentum, Nutzung, Leerstand, baulichem
298 Zustand und Potenzialflächen enthält. Das Berliner Modell der kooperativen
299 Baulandentwicklung entwickeln wir weiter und erhöhen die Quote für mietpreisgebundenen
300 Wohnraum (WBS-Wohnungen) auf 50 Prozent. Außerdem wollen wir im Rahmen der kooperativen
301 Baulandentwicklung einen Anteil von bezahlbaren Gewerberäumen erreichen. Denn auch hier
302 besteht ein dauerhafter Mangel. Die Privatisierung von kommunalen Gewerbehöfen (der GSG)
303 unter Rot-Rot erfordert dringend den erneuten Aufbau von kommunalen Gewerbehöfen, den wir
304 unter Rot-Grün-Rot bereits begonnen haben. Wir prüfen, ob im Rahmen der kooperativen
305 Baulandentwicklung auch Oberschulplätze geschaffen bzw. finanziert werden können, die wir in
306 den nächsten Jahren dringend brauchen werden.

307 Stadtplanung begreifen wir als gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Verwaltung und
308 Stadtgesellschaft und öffnen die Verwaltungsstrukturen für regelmäßige Stadtdebatten, eine
309 öffentliche Wettbewerbskultur und transparente Partizipation. Bürger*innen sollen aktiv
310 mitwirken können – mit echter Mitsprache und transparenten Beteiligungsverfahren. Dafür
311 braucht es eine verständliche und zeitgemäße Darstellung und Koordination von
312 Stadtentwicklungsprozessen und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten, etwa in Form von
313 Bezirksausstellungen zur Quartiersentwicklung. Mit uns wird die ressortübergreifende

314 Zusammenarbeit und die Beteiligung aller Fachämter bei jeder Quartiersentwicklung von Anfang
315 an verpflichtend.

316 Bauen grün und lebenswert denken

317 Eine mögliche Internationale Bauausstellung 2034/37 in Berlin muss eine Umbau-IBA sein: Eine
318 IBA, die an die IBA der 1980er-Jahre anknüpft und eine behutsame Stadtentwicklung, Umbau im
319 Bestand und Klimaschutz ins Zentrum setzt, kann eine Bereicherung für unsere Stadt sein.

320 Mit einer Anpassung der Bauordnung fördern wir das serielle und klimagerechte Bauen,
321 vereinfachen die Baustandards und senken damit zugleich die Baukosten. Durch
322 Typengenehmigungen und eine digitalisierte Genehmigungsplattform für Bauanträge
323 beschleunigen wir zugleich das Genehmigungsverfahren. Das Bauen mit Holz in Berlin ist ein
324 Erfolg unserer Regierungsbeteiligung. Für den Neubau sollen nachwachsende und ökologische
325 Baustoffe wie Holz, Stroh, Lehm und Hanf sowie neu entwickelte CO₂-arme Baustoffe zum
326 Einsatz kommen. Nicht nur bei der Vermietung, auch beim Neubau sollen die Landeseigenen
327 Wohnungsunternehmen Vorbilder sein: Sie bauen ökologisch und dem Bedarf entsprechend und
328 senken die Kosten durch den Aufbau gemeinsamer Baukapazitäten. Das Schumacherquartier wollen
329 wir als großes Holzbauquartier mit flexiblen Grundrissen sowie vielen kleinen,
330 barrierefreien Wohnungen errichten, um spätere Umzüge zu ermöglichen und den Wohnraum
331 bestmöglich zu nutzen.

332 Denkmalschutz endlich klima- und zukunftsfest überarbeiten

333 Wir wollen auch den Denkmalschutz überarbeiten und so gestalten, dass der Klimaschutz und
334 die Weiterentwicklung Berlins zu einer lebenswerten grünen Metropole immer Vorrang vor dem
335 Denkmalschutz haben. Wir wollen das Berlin von morgen bauen und nicht das von gestern
336 konservieren. Wir brechen bewusst mit dem Ziel der Stadt der Steine und wollen, dass Berlin
337 grün statt grau wird.

338 Stadtquartiere nachhaltig, bezahlbar und nah gestalten

339 Neue Stadtquartiere entwickeln wir klimaverträglich und mit Nutzungsmischung, autofreien
340 Mobilitätsangeboten und stadtverträglicher Dichte – unter Einbindung der Bezirke, der
341 Zivilgesellschaft und gemeinwohlorientierter Bauträger*innen. Wir Grüne stellen sicher, dass
342 Kitas, Schulen und ÖPNV, aber auch Grünflächen, Kultur, Sport, Jugendorte, Nahversorgung und
343 soziale Infrastruktur von Anfang an mitgeplant und später auch umgesetzt werden. Nach dem
344 Prinzip der 15-Minuten-Stadt sollen alle wichtigen Alltagsfunktionen fußläufig erreichbar
345 sein. Der Nahverkehr muss fertig sein, wenn die ersten Menschen einziehen. Die bestehende
346 Bausubstanz integrieren wir so weit wie möglich in die Planungen und reißen sie nicht
347 einfach ab. Durch klare ökologische Leitlinien und verbindliche Standards erreichen wir bis
348 2030 das Ziel der Netto-Null-Versiegelung. Es soll dort gebaut werden, wo Flächen schon
349 versiegelt sind. Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur unterstützt unser Ziel
350 der Netto-Null-Versiegelung ab 2030.

351 Neue Quartiere müssen von Beginn an gemeinwohlorientiert, ressourcenschonend und
352 klimaneutral geplant werden. Wärme und Energie sollen fossilfrei sein und nachhaltig genutzt
353 werden. Wir wollen Berlin zur Schwammstadt machen und Wasser nachhaltig nutzen. Straßen und
354 öffentliche Räume gestalten wir grün, mit schattenspendenden Bäumen und kühlenden Elementen.
355 Wir schaffen Plätze und Grünflächen als Mittelpunkt jedes Quartiers. So fördern wir
356 Begegnung und Miteinander. Grünflächen wollen wir vielfältig gestalten, auch mit innovativen

357 Sport- und Bewegungsangeboten. Sport gehört für uns zur Quartiersplanung ebenso dazu: Von
358 Anfang an planen wir hierfür ausreichend Flächen mit ein. Wichtig ist uns, Kinder und
359 Jugendliche an diesem Prozess zu beteiligen und vor allem ihre Bedürfnisse zu
360 berücksichtigen. Sie bekommen sichere, barrierefreie Spielplätze und eigene Treffpunkte und
361 Freiräume.

362 Wir Bündnisgrüne schauen nicht nur auf das neue Quartier, sondern auch auf die
363 Nachbarschaft. Wo es zu wenig soziale oder öffentliche Infrastruktur gibt, bauen wir diese
364 in den neuen Quartieren für die umliegenden Kieze mit. Im Erdgeschoss wollen wir Geschäfte
365 und Nahversorgung statt Technikräumen. Bei der Planung berücksichtigen wir auch Animal-Aided
366 Design, damit Tiere in der Stadt weiterhin Platz haben. Bestehende Gebäude wollen wir
367 möglichst erhalten und umbauen – und nicht einfach abreißen. Für uns ist klar: Wir brauchen
368 eine Bauwende. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen, Leerstand vermeiden
369 und Abriss so weit wie möglich verhindern.

370 Neue Quartiere bauen wir zusammen mit gemeinwohlorientierten Partner*innen und
371 Genossenschaften. Private Eigentümer*innen müssen dafür sorgen, dass die Mehrheit der
372 Wohnungen bezahlbar ist.

373 Wir haben dabei auch die Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg im Blick: auf der
374 Ebene der Hauptstadtregion und kleinräumig in den Kooperationsräumen des Kommunalen
375 Nachbarschaftsforums. Das bedeutet die Nutzung des Siedlungssterns, den konsequenten Ausbau
376 des Umweltverbunds und der erforderlichen Infrastrukturen entlang der gemeinsamen
377 Entwicklungsachsen. In der Innenstadt sorgen wir nach dem Vorbild Charlottenburg-
378 Wilmersdorfs für die flächendeckende Aufstellung von Landschaftsplänen zur Sicherung und
379 Verbesserung der blau-grünen Infrastruktur und eine qualitätsvolle Stadtentwicklung.

380 Lebendige, grüne und soziale Kieze schaffen

381 Wohnungsneubau ist wichtig, wenn denn das Richtige gebaut wird. Für uns ist das bezahlbarer
382 Wohnraum statt teurer Luxusappartements. Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040“ hat das
383 richtige Ziel, dass die Hälfte aller neu gebauten Wohnungen gemeinwohlorientiert sein
384 sollen. Um das Ziel aber auch zu erreichen, wollen wir eine Roadmap für die Umsetzung
385 aufstellen. Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung wollen wir deshalb
386 ausbauen. Wenn neues Baurecht geschaffen wird, soll zukünftig mindestens die Hälfte der
387 Wohnungen für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zur Verfügung stehen. Wir
388 wollen besonders Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen fördern und mehr kleine,
389 barrierefreie Wohnungen schaffen.

390 Öffentliche Flächen wollen wir zu Orten der Begegnung machen. Mit Beteiligung in den
391 Stadtteilen stärken wir Grüne den Austausch unter Anwohner*innen und die Demokratie vor Ort.
392 Alle Berliner*innen sollen ihr Umfeld aktiv mitgestalten können – Sprachbarrieren dürfen
393 dabei kein Hindernis sein. Die Beteiligungsbüros in den Bezirken sowie die Mobile
394 Stadtteilarbeit wollen wir deshalb stärken und ausbauen.

395 Wir wollen lebendige Innenstädte mit gemischten Vierteln, klimaneutraler Mobilität, mehr
396 Grün und Wasserflächen. Dafür stocken wir Fördermittel auf und stärken Maßnahmen zur
397 Innenentwicklung, statt einfach nur Grün- und Freiflächen zu versiegeln. Gerade in dicht
398 bebauten Kiezen und Vierteln mit wenig Grün investieren wir in bessere Wohnumfelder – mehr
399 Pflanzen, entsiegelte Böden und Kühlung an heißen Tagen.

400 Auch Kultur gehört für uns zur Stadtentwicklung dazu. Wir wollen, dass in allen neuen
401 Stadtquartieren und bei größeren Bauvorhaben Flächen für Kultur von Anfang an mitgeplant und

402 zu leistbaren Konditionen angeboten werden. Wir unterstützen die Initiative „Urbane Praxis“
403 als Teil der kulturellen Stadtentwicklung und fördern entsprechende Projekte.

404 Berlin hat kein Flächenproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Wir Grüne wollen endlich die
405 Projekte und neuen Stadtquartiere praktisch umsetzen, die seit Jahren bei der
406 Stadtentwicklungsverwaltung in Planung oder bereits fertig geplant sind, statt immer wieder
407 öffentliche Diskussionen über neue mögliche Flächen anzuzetteln, die dann wieder nur einen
408 jahrzehntelangen Vorlauf benötigen würden. Dabei stellen wir die neuen Stadtquartiere auf
409 den Prüfstand, die ökologisch wichtige Flächen versiegeln. Ein Beispiel dafür ist die vom
410 Senat geplante massive Bebauung von Späthsfelde, die das Aus für über 500 Kleingärten
411 bedeuten würde.

412 Das Tempelhofer Feld erhalten

413 Das Tempelhofer Feld ist für uns unverzichtbar – der Volksentscheid ist bindend. Wir lehnen
414 jede Bebauung ab. Das Tempelhofer Feld ist ein einmaliger Ort der Naherholung, für Sport und
415 Freizeit, für soziales Miteinander sowie für Umwelt, Natur und Stadtklima. Wir wollen, dass
416 das so bleibt.

417 2.3. Nachhaltiger Tourismus – damit Berlin Berlin 418 bleibt

419 Jedes Jahr kommen Menschen aus aller Welt in unsere Stadt, um die Vielfalt Berlins zu
420 erleben, Kunst und Kultur zu genießen, sich hier zu erholen und eine gute Zeit zu haben. Ob
421 Wirtschaft, Stadtentwicklung oder Arbeit: Tourismus ist für uns Bündnisgrüne dabei ein
422 Querschnittsthema. Uns ist dabei klar: Berlin braucht einen stadt- und kiezverträglichen
423 sowie nachhaltigen Tourismus. Deshalb schreiben wir Bündnisgrüne das bisherige
424 Tourismuskonzept fort und passen es an aktuelle Herausforderungen an. Ob
425 Kultureinrichtungen, lokales Gewerbe oder öffentliche Infrastruktur – mit einer nachhaltigen
426 Planung, die ganz Berlin in den Blick nimmt, schaffen wir eine Metropole, in die
427 Besucher*innen immer wieder gerne kommen und von der die Menschen dieser Stadt überall
428 profitieren.

429 Dafür nehmen wir die gesamte Stadt in den Blick. Wir investieren in hitzeverträgliche
430 Infrastruktur, um auch in Zukunft den Herausforderungen zunehmend heißer Sommer gewachsen zu
431 sein. Das kommt allen, ob Tourist*innen oder Berliner*innen, zugute.

432 Tourismus stadtweit steuern

433 Längst überfällig ist eine berlinweite Steuerung von neuen Hotelstandorten. Einen Wildwuchs
434 darf es nicht mehr geben. Neue Hotels müssen sich an der Stadtverträglichkeit und der Zahl
435 bereits bestehender Betriebe orientieren. Deshalb wollen wir mit einem Hotelentwicklungsplan
436 festlegen, in welchen Gebieten neue Hotels und Hostels noch möglich sind und wo nicht mehr.
437 Bereits geplante Standorte gehören auf den Prüfstand. Denn die Flächen können wir sinnvoller
438 nutzen – z. B. für neue Schulen oder bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen den innerstädtischen
439 Reisebusverkehr endlich steuern und ein Konzept hierfür auf den Weg bringen.

440 Wir stärken dezentrale Strukturen und Projekte vor Ort. Auch die Bezirke wollen wir Grüne
441 dabei unterstützen, die besonders von Overtourism betroffenen Nachbarschaften mit geeigneten
442 Maßnahmen zu entlasten. Gerade in den touristischen Hotspots braucht es auch mehr Gelder für
443 Sauberkeit im öffentlichen Raum. Außerdem wollen wir die Aufenthaltsqualität und

444 Infrastruktur dort stärken, wo bisher nur wenige Tourist*innen ankommen. Mit Pilotprojekten
445 in den Außenbezirken schaffen wir neue Besuchsrouten, binden lokale Kulturformate ein und
446 verbessern die touristische Information vor Ort. Um auch die Berliner*innen besser mit
447 einzubeziehen, wollen wir außerdem Beteiligungsformate wie den Bürger*innenbeirat Tourismus
448 stärken, indem wir diesen institutionalisieren und mit echten Mitspracherechten ausstatten.
449 So entsteht eine vielfältige, stadtweite Tourismuslandschaft – getragen von den Kiezen.

450 Nachhaltigkeit des Tourismus stärken

451 Wir Bündnisgrüne sind überzeugt, dass nachhaltiger Tourismus eine Chance für die
452 Weiterentwicklung der gesamten Stadt sein sollte. Um nachhaltige Angebote zu fördern,
453 reaktivieren wir den Fonds „Ökologischer Tourismus“ und unterstützen damit Hotels,
454 Gastronomie und andere touristische Anbieter*innen bei Investitionen in Energieeffizienz,
455 Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit. Damit lokale Strukturen wirklich vom Tourismus
456 profitieren können, braucht es jedoch auch klare Steuerung. Wir machen uns daher für die
457 vollumfängliche Umsetzung bisheriger Maßnahmen des Tourismuskonzepts 2018+ stark und wollen
458 diese um eine ressortübergreifende Koordination ergänzen. Damit Kurzzeitvermietung an
459 Tourist*innen nicht zur Wohnungsnot dieser Stadt beiträgt, wollen wir dies durch
460 datengestützte Nachverfolgung und konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots besser
461 regulieren. So stellen wir sicher, dass Tourismus zur Lebensqualität aller beiträgt.

462 2.4. Lebendige Clubkultur – Berliner Clubs schützen

463 Die vielen Berliner Clubs und Kollektive bieten Räume, in denen Musik und Kultur jenseits
464 des Mainstreams stattfinden können. In ihrer Vielfalt sind sie ein wichtiger Bestandteil der
465 Kultur und bieten kreativen Freiraum. Um Berlins Clubszene beneidet uns die ganze Welt. Sie
466 ist einer der maßgeblichen Gründe dafür, dass Tourist*innen und neue Bewohner*innen in die
467 Stadt kommen, und somit auch ein echter Wirtschaftsfaktor. Clubs sind zudem Orte der
468 gesellschaftlichen Begegnung und individuellen Entfaltung sowie Safer Spaces für
469 marginalisierte oder diskriminierte Gruppen.

470 Doch der Status Berlins als Epizentrum und Innovationsmotor der internationalen Clubkultur
471 hat in den letzten Jahren Kratzer bekommen: Immer wieder werden Clubs und Musikspielstätten
472 durch Immobilienspekulation und private Bauvorhaben verdrängt oder geraten aufgrund
473 steigender Kosten und Mieten unter Druck. Die Schließung des SchwuZ und anderer Standorte
474 hätte durch das Engagement des Senats vermieden werden können und daneben bedrohen die Pläne
475 des Bundes und des Senats zum Weiterbau der A 100 gleich mehrere Berliner Club-Standorte.

476 Club-Standorte schützen und Kultur sichern

477 Wir Bündnisgrüne wollen Berlins Clubkultur erhalten und gezielt fördern. Neben dem von uns
478 eingeführten Schallschutzfonds und der Unterstützung der Arbeit der Clubcommission nutzen
479 wir sämtliche Instrumente, um der Verdrängung von Clubs, kleinen Musikspielstätten und Open-
480 Air-Veranstaltungen Einhalt zu gebieten: von einer besseren Absicherung durch
481 planungsrechtliche Vorgaben und Auflagen durch Land und Bezirke über vereinfachte
482 Genehmigungsverfahren und die gezielte Unterstützung von Zwischennutzungen bis zu unserem
483 Einsatz für ein soziales Gewerbemietrecht, die Definition von Clubs als Kultureinrichtungen
484 im Baugesetzbuch und eine Lärmschutz-Reform auf Bundesebene.

485 Förderung für Clubs einführen und Kooperationen ausbauen

486 Zukünftig müssen auch Clubs mit kuratierten Programmen einen Zugang zur öffentlichen
487 Kulturförderung haben. Für akut bedrohte Orte der Clubkultur wollen wir einen Notfallfonds
488 einrichten. Wir setzen uns zudem für eine eigenständige Strukturförderung der Clubkultur ein
489 und sorgen dafür, dass der Tag der Clubkultur nebst Preisgeld in der Hand der Szene bleibt.
490 Wir stärken die Vernetzung und die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bereich
491 Nachtökonomie. Und wir unterstützen Club-Betreiber*innen, Kollektive und die Clubcommission
492 darin, die Awareness-Arbeit zu stärken und gegen Diskriminierung jeglicher Art vorzugehen.
493 Das erfolgreiche Drug-Checking-Projekt setzen wir gemeinsam fort.

494 2.5. Soziales Berlin – gerecht, solidarisch und 495 füreinander da

496 Berlin funktioniert nur gemeinsam. Unsere Stadt lebt von Solidarität, Gerechtigkeit und dem
497 Vertrauen darauf, dass niemand zurückgelassen wird. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen
498 in schwierigen Lebenslagen schnell und unbürokratisch die Unterstützung erhalten, die sie
499 wirklich benötigen.

500 Unser Ziel ist ein starkes soziales Netz, das Sicherheit und Chancen für alle bietet. Armut,
501 Wohnungslosigkeit oder soziale Ausgrenzung können jede*n treffen – deshalb bauen wir Hürden
502 ab und sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

503 Wir wollen eine Stadt, in der Hilfesuche kein MakeL, sondern Ausdruck von Zusammenhalt ist.
504 Denn alle Menschen haben ein Recht auf die Leistungen des Sozialstaates – und auf eine
505 Gesellschaft, die stolz darauf ist, füreinander einzustehen.

506 Berlin soll ein Ort sein, an dem soziale Gerechtigkeit spürbar ist, der Nachbarschaften
507 stärkt und Gemeinschaft trägt – eine Stadt, in der Zusammenhalt die Grundlage für ein gutes
508 Leben für alle bildet.

509 Armut wirksam bekämpfen statt verwalten

510 Unser Sozialsystem soll Menschen unterstützen, nicht Bürokratie verwalten. Heute sind
511 Verfahren oft zu kompliziert und überlasten sowohl Antragstellende als auch Beschäftigte.
512 Wir wollen, dass Hilfe schneller, einfacher und gerechter ankommt.

513 Dafür treiben wir Grüne die Digitalisierung der Sozial-, Jugend- und Wohnungsämter voran.
514 Digitale Prozesse sollen Anträge erleichtern, Wartezeiten verkürzen und Bürokratie abbauen.
515 Digitalisierung ersetzt dabei keine persönliche Beratung – sie schafft Freiräume für sie.
516 Ziel ist eine „One-Stop-Agency“, bei der Leistungen gebündelt und mit einem einzigen Antrag
517 bewilligt werden können. Ein erster Schritt ist die automatische Gewährung von Kinder- und
518 Elterngeld ab der Geburt nach dem Hamburger Modell „Kinderleicht zum Kindergeld“.

519 Gleichzeitig prüfen wir mehrjährige Bewilligungen und vereinfachte Weiterbewilligungen, um
520 Menschen unnötigen Aufwand zu ersparen. Mit mobilen Bürger*innenämtern und mehrsprachigen
521 Angeboten wollen wir mehr Menschen erreichen. Zur gezielten Armutsbekämpfung wollen wir eine
522 Landeskommission gegen Altersarmut einrichten und die Schuldner*innenberatung stärken und
523 landesweit verankern.

524 Der BerlinPass soll wieder eingeführt werden – digital oder auf Papier – und
525 einkommensschwachen Menschen vergünstigten Zugang zu Mobilität, Kultur und Freizeit bieten.

526 Das Sozialticket (Ticket S) wollen wir als vergünstigtes Deutschlandticket für unter 20 Euro
527 weiterentwickeln. So gestalten wir ein modernes, gerechtes Sozialsystem, das Armut wirksam
528 bekämpft, die Verwaltung entlastet und allen Berliner*innen Teilhabe ermöglicht.

529 Zugang zu regulärem Wohnraum verwirklichen

530 Wer seine Wohnung verliert, landet oft in einem Teufelskreis aus Notunterkünften,
531 Unsicherheit und fehlender Perspektive. Wohnungslosigkeit darf jedoch nicht zur Dauerlösung
532 werden – unser Ziel ist die Vermittlung in regulären Wohnraum.

533 Wir Bündnisgrüne wollen den begonnenen Prozess der gesamtstädtischen Unterbringung
534 abschließen und Unterkünfte qualitativ verbessern. Mit dem Landesamt für Unterbringung
535 schaffen wir eine moderne Verwaltung, die Unterbringung koordiniert und aktiv Wohnangebote
536 entwickelt. Dabei setzen wir auf dezentrale Einrichtungen, die Integration in den Sozialraum
537 ermöglichen. Die Bezirke sollen hierfür eine jährliche Pauschale pro Unterbringungsplatz
538 erhalten.

539 Sozialen Wohnungsbau und Unterbringung wollen wir enger verzahnen, um Übergänge in
540 dauerhafte Mietverhältnisse zu erleichtern. Den Profit mit Wohnungslosigkeit beenden wir,
541 indem wir das Geschützte Marktsegment ausbauen: Eine städtische Akquiseeinheit soll mehr
542 Vermieter*innen gewinnen und vermitteln. Die Mietausfallgarantie wird auf zehn Jahre
543 verlängert, damit jede an wohnungslose Menschen vermietete Wohnung abgesichert ist.

544 Mit Bürgschaften, Förderprogrammen und dem Generalmietermodell stärken wir soziale Träger
545 beim Bau und der Bereitstellung von Wohnraum. Den Härtefallfonds für Energieschulden führen
546 wir fort, um Wohnungsverlust zu verhindern.

547 Wege aus der Obdachlosigkeit ermöglichen

548 Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck sozialer Not – und sie
549 darf in einer solidarischen Stadt kein Dauerzustand sein. Wir Grüne wollen mit einem klaren
550 Aktionsplan gegen Straßenobdachlosigkeit den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ebnen.

551 Dazu werden wir den Zugang zu Unterkünften erleichtern, insbesondere für EU-Bürger*innen
552 ohne Leistungsanspruch, und die Kältehilfe ganzjährig mit einem 24/7-Angebot absichern.
553 Mehrsprachige Beratung und Spezialangebote für besonders vulnerable Gruppen – etwa Frauen
554 sowie Lesben, Schwule, Bisexuellen, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*),
555 Minderjährige, Sexarbeitende und Menschen mit Behinderung – werden gezielt ausgebaut. „Keine
556 Unterbringung ohne Beratung“ bleibt unser Leitprinzip.

557 Wir stärken neben der ganzjährigen Kältehilfe Tages- und Hitzehilfeangebote sowie
558 Beschäftigungs- und Teilhabeprojekte, um den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern. In
559 der Gesundheitsversorgung wollen wir die niedrigschwelligen Gesundheitszentren und
560 Krankenwohnungen ausbauen und den Zugang zu medizinischer Behandlung auch ohne Versicherung
561 verbessern. Ebenso stärken wir die psychosoziale Versorgung durch eine enge Zusammenarbeit
562 von Straßensozialarbeit und psychosozialen Diensten direkt in den Kiezen.

563 Mit dem Programm „Housing First“ ermöglichen wir wohnungslosen Menschen den unmittelbaren
564 Zugang zu eigenem Wohnraum – ohne Vorbedingungen. Wir wollen es ausbauen und gemeinsam mit
565 den Landeseigenen Wohnungsunternehmen mehr Wohnungen bereitstellen. Für Housing First und
566 Familien sollen eigene Leistungstypen nach § 67 SGB XII geschaffen werden. Zwangsräumungen
567 von Familien mit Kindern dürfen künftig nur noch mit Ersatzwohnraum erfolgen.

568 Soziale Orte mit Begegnung schaffen

569 Die beste Prävention gegen Armut und Einsamkeit ist ein starkes soziales Umfeld. Wir Grüne
570 wollen soziale Angebote nah an den Menschen schaffen, besser vernetzen und gemeinsam
571 weiterentwickeln. Bislang werden sozialräumliche Strukturen wie Altenhilfe, mobile
572 Nachbarschaftsarbeit, Quartiersmanagement oder Wohnungsnotfallhilfe oft isoliert betrachtet.
573 Wir wollen diese integriert denken und koordinieren, damit sie sich gegenseitig stärken.

574 Unser Ziel sind offene Orte der Begegnung, Beratung und Unterstützung, die allen Menschen
575 zugänglich sind – unabhängig von Herkunft oder Alter. Diese nichtkommerziellen Räume bieten
576 Chancen für Austausch, Teilhabe und Gemeinschaft. Mit mobiler Stadtteilarbeit wollen wir
577 Menschen erreichen, denen der Weg in ein Nachbarschaftszentrum bislang zu hochschwierig ist.

578 Mit einem Altenhilfestrukturensetz wollen wir die Angebote für Menschen über 60 Jahre
579 bündeln, vernetzen und verlässlich finanzieren. Gleichzeitig entwickeln wir mit einer
580 Landesstrategie gegen Einsamkeit Maßnahmen, um gezielt Menschen zu erreichen, die von
581 sozialer Isolation betroffen sind. Das Seniorenmitwirkungsgesetz werden wir partizipativ
582 reformieren, damit ältere Berliner*innen ihre Interessen aktiv einbringen können.

583 Um soziale Ungleichheiten vor Ort gezielt zu bekämpfen, wollen wir die Bezirke mit
584 Flexibudgets für besonders belastete Nachbarschaften ausstatten. So können sie präventiv und
585 nachhaltig auf soziale Herausforderungen reagieren.

586 Ehrenamt stärken und Zuwendungen vereinfachen

587 Das Ehrenamt ist das Rückgrat des sozialen und kulturellen Lebens in Berlin. Tausende
588 Engagierte tragen täglich dazu bei, dass unsere Stadt zusammenhält. Wir Bündnisgrüne wollen
589 sie besser unterstützen, Ehrenamts- und Nachbarschaftsnetzwerke ausbauen und die Arbeit der
590 Ehrenamtsagenturen als Türöffner für Engagement und Begegnung stärken. Starke
591 Nachbarschaften sind die beste Prävention gegen Vereinsamung.

592 Damit Engagement und soziale Projekte dauerhaft wirken können, wollen wir das
593 Zuwendungsrecht vereinfachen und mehrjährige Förderungen ermöglichen. Viele Initiativen
594 müssen jedes Jahr um ihre Finanzierung bangen – das schafft Unsicherheit. Wir sorgen für
595 Planungssicherheit und Entbürokratisierung, damit Engagement dort ankommt, wo es gebraucht
596 wird: bei den Menschen.

597 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 2)

598 Eigentum verpflichtet, auch auf dem Wohnungsmarkt – das Bezahlbare- 599 Mieten-Gesetz

600 Wir Bündnisgrüne schaffen ein Bezahlbare-Mieten-Gesetz. Das Gesetz macht eine Sozialquote
601 bei Wiedervermietung verbindlich. Vermieter*innen mit mehr als 50 Wohnungen müssen
602 gestaffelt nach Anzahl der Wohnungen einen bestimmten Anteil ihrer Neuvermietungen zu
603 bezahlbaren Mieten, mindestens 20 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete, vermieten.
604 Außerdem werden wir mit dem Gesetz eine Instandhaltungspflicht und -rücklage einführen.
605 Vermieter*innen müssen einen Teil der Miete zurücklegen und diese Mittel für laufende
606 Instandhaltungen nutzen.

607 Vermieter*innen, die sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, müssen nach Abmahnung
608 im Laufe von zwei Jahren ihre Wohnungen – vorzugsweise an ein landeseigenes Unternehmen –
609 veräußern.

610 Bürobau stoppen – Leerstand nutzen

611 In Berlin stehen über 1,7 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer. Wir wollen den Umbau von
612 Büros zu bezahlbarem Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo immer es
613 möglich ist, sollen ungenutzte Büroflächen in Wohnungen umgewandelt werden. Berlin braucht
614 derzeit keine neuen Bürogebäude, sondern die bessere Nutzung der bestehenden Bauten. Daher
615 werden wir ein Moratorium für den Neubau von Büroflächen verhängen und keine weiteren
616 Baugenehmigungen für Bürobauten erteilen.

617 Das soziale Deutschlandticket – Berliner Sozialticket sichern und
618 weiterentwickeln

619 Das Berliner Sozialticket (Ticket S) wollen wir Grüne als vergünstigtes Deutschlandticket
620 für unter 20 Euro weiterentwickeln. So schaffen wir einen Nahverkehr, der unabhängig vom
621 Einkommen für alle zugänglich, sicher und bezahlbar ist. Zugleich ermöglichen wir mit diesem
622 Ticket eine Mobilität über die Berliner Landesgrenzen hinaus.